

Die „Saibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portosret ganzj., unter Kreuzband und geprägter Abreise 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmon - Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Saibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. i. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 6. Jänner d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der Statthalter von Niederösterreich, Gustav Graf Chotinsky, das Großkreuz des königlich bayerischen St. Michael-Verdienst-Ordens;

der Hofrat Karl Graf Hohenwart-Gerlach se in das Ritterkreuz zweiter Klasse des päpstlichen Pius-Ordens, annehmen und tragen dürfen.

Nichtamtlicher Theil.

Die Herbst'sche Resolution.

Wir haben gestern der „O. D. P.“ den Wortlaut der Resolution entnommen, welche der Abgeordnete Herbst im Finanzausschusse einzubringen beabsichtigt. Die „G. C.“ begleiter heute dieselbe mit folgenden Bemerkungen:

Wenn dieser Antrag zu dem Behufe formulirt worden, um so ziemlich allen gegen die Bewilligung des vollen Betrages des beanspruchten Kredits gerichteten Meinungen, welche während der bisherigen Berathungen der Sektion und des Ausschusses hervorgetreten sind, die Möglichkeit der Zustimmung zu gewähren, so läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die glatte Fassung obigen Resolutionsentwurfes hierzu als sehr geeignet sich darstellt. Die entgegengesetzten Standpunkte der Opposition gegen die Regierungsvorlage können sich bequem unter den weiten Mantel dieser Redaktion bergen und dieselbe ist elastisch genug, der sogenannten spezifisch österreichischen Anschaunung, welche die Sache der Herzogthümer als eine für Österreich gänzlich fremde betrachtet und überhaupt von dem Bundesverhältnisse Österreichs mit Deutschland abstrahirt, wie der Meinung, wonach die österreichische Regierung jedem Bundesvotum, wäre es selbst auf einen Eroberungskrieg gerichtet, sich unbedingt zu biegen habe, zum Ausdruck zu verhelfen. Die Kunst, den verschiedensten, einander diametral entgegengesetzten Ansichten gerecht zu werden, mußte aber gerade deshalb zu jener Einseitigkeit führen, welche parlamentarischen Resolutionen den eigentlichen Werth raubt. Die der Regierung gegenüberstehenden Negationen, auch die sich einander aufhebenden, sind nämlich im obigen Entwurfe, wenn auch nicht klar ausgesprochen, was unmöglich war, so doch umgangen und umschrieben; aber jeder Ausspruch positiver Politik ist dabei gänzlich bei Seite gelassen worden. Eine wahrhaft und echt konsstitutionelle Resolution hat nicht bloß dem Ministerium gegenüber auszudrücken, was die Volksvertretung nicht will, sondern auch, was sie will. Der vorliegende Entwurf dagegen begnügt sich nur mit dem Ersteren, und läßt betreffs des Zweiten die Regierung völlig unaufgeklärt. Nicht einmal einen Fingerzeig erhält dieselbe hierüber, wenn man nicht etwa als solchen geltend machen will, daß das Haus erklären soll, es lehne jede Verantwortung für die Folgen des Schrittes der Regierung von sich ab. Dies brauchte nicht erst erklärt zu werden, denn die Regierung kann und wird die Verantwortlichkeit, welche sie bereitwillig und in jeder Beziehung auf sich nimmt, und der gemäß sie bereits handelt hat, nicht in Abrede stellen. Gher drängt sich die Frage auf, ob denn das Haus seinerseits bereit wäre, die moralische Verantwortung dafür zu übernehmen, daß eine gemeinsam mit einem anderen Staate bereits ins Werk gesetzte Aktion gelähmt und gebrochen, also mitten in ihrem Verlauf zu Richte gemacht würde? — Somit mag die beantragte Resolution vielleicht demjenigen Ausdruck verleihen, worin verschiedene Fraktionen des Hauses, von denen jede für sich un-

bezweifelt in der Minorität sich befindet, unter einander zur Versöhnung gelangen können; aber wieder dem wahren konsstitutionellen Prinzip, nach dem gerechten Anspruch der Regierung auf einen klaren und positiven Meinungsaustrich des Abgeordnetenhauses, noch endlich den Interessen des Landes kann damit gedient sein, daß in einer so ernsten Frage die Opposition es zumal bringe, sich mit einer vielseitigen Anerkennung über eine Verlegenheit hinweg zu helfen.

73. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 25. Jänner.

(Engerer Reichsrath.)

Auf der Ministerbank: Lasser, Helm.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Gesetzes über die Verpflegungsgebühren in öffentlichen Gebär- und Irrenanstalten."

Berichterstatter ist Dr. Mühlfeld.

Der Ausschuß legt ein aus neun Paragraphen bestehendes Gesetz vor, nach welchem die Gebär- und Irrenanstalten in die Verwaltung der Landesvertretungen übergehen und die Verpflegskosten von den Landessondiensten derselben Länder getragen werden sollen, in welchen sich die Heimatgemeinde des Verpflegten befindet.

Zu der Generaldebatte ergreift

Abgeordneter Wurzbach das Wort, um gegen die Ausschusstanträge zu sprechen. Er vermisst in dem Gesetze Bestimmungen über Kranken- und Kindenhäuser, weshalb der Gesetzentwurf eben nur ein Fragment bleibe. Ghe der Reichsrath ein solches Gesetz votire, möge er erst die Vorfrage lösen, ob die in Niedersiehenden Anstalten den Anforderungen der Zeit und der Wissenschaft entsprechen, ob sie ferner nothwendig und zweckmäßig sind. — Eine andere wichtige prinzipielle Frage sei die Geheimhaltung der Namen in den Gebäranstalten — man möge nun für oder gegen die Geheimhaltung sein, statuere doch die Gesetzesvorlage eine Ungleichheit des Gesetzes, indem die zahlenden Reichen ihren Namen geheimhalten können, während Namen und Heimat der Armen nach dem Gesetze zum Zweck der Einbringung der Kosten zu eruiiren sind. Das Gesetz habe auch auf die Verhältnisse der einzelnen Länder nicht Rücksicht genommen, und in Erwägung all' der Nebestände beantrage er Übergang zur Tagesordnung und zugleich an die hohe Regierung die Bitte zu stellen, in der nächsten Sessjon ein Gesetz über Kranken- und Kindenhäuser, Gebär- und Irrenanstalten so wie über die Verpflegungsgebühren vorzulegen. (Unterstützt.)

Dr. Cipr spricht ebenfalls gegen die Ausschusstanträge. Er geht von dem Prinzip aus, Gebär- und Irrenanstalten seien aus Staatskosten zu erhalten. Irrenanstalten seien nicht bloß Heilstätten, sondern auch Detentionanstalten, durch welche die Gesellschaft vor den Ausschreitungen Irssiniger geschützt wird. Redner sucht nachzuweisen, daß zwischen Straf- und Irrenanstalten ein innerer Zusammenhang bestehe und sagt, der Staat möge nicht dieser hohen Mission sich entäußern der Autonomie halber. Er verstehe die Autonomie anders, als daß man den Ländern nur Pflichten auferlegt. Nebrigen glaubt er, daß in der ganzen Vorlage es sich wieder nur um Wien handle, welcher Stadt man Erleichterungen verschaffen wolle. Er schließt sich dem Antrage Wurzbach an.

Conti (für das Gesetz): Er hätte nicht geglaubt, daß ein so nothwendiges Gesetz so vielen Anfechtungen ausgesetzt sein werde. Der Vorwurf, das selbe sei ein Fragment, werde wohl dadurch gut gemacht werden, daß die Regierung in der nächsten Sessjon ein Gesetz über Kranken- und Kindenhäuser vorlegen werde. Redner sucht einige Motive Wurz-

bach's zu widerlegen und befürwortet die Ausschusstanträge.

Wurzbach repliziert unter allgemeiner Heiterkeit, worauf

Minister v. Lasser das Wort ergreift: Er wolle einige aufgestellte Behauptungen kurz beleuchten. Abg. Cipr sei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß zwischen Straf- und Irrenanstalten eine Analogie bestehe. Er überläßt die Prüfung der Frage, ob diese Analogie begründet ist, dem Hause, bekenne sich aber zu der Ansicht, daß zwischen Irren- und Krankenanstalten eine Analogie bestehe. Auch eine andere Bemerkung des Abg. Cipr veranlaßte ihn zu einer Gegenbemerkung und er halte sich dazu umso mehr für berufen, weil er nicht, wie der Berichterstatter, Abgeordneter Niederösterreichs sei, sondern die Frage vom unbefangenen Standpunkte beleuchten kann. Es sei eine irrite Aussäzung, daß das vorliegende Gesetz einen Bezug auf Wien habe, aber es werde einen Bezug auf Niederösterreich und auch auf andere Provinzen haben. Die Änderung wird aber darin gelegen sein, daß die Wiener Anstalten nicht, wie bisher, $\frac{1}{2}$ der Verpflegskosten von den bezüglichen Ländern nach den Zuständigkeitsverhältnissen und $\frac{1}{2}$ von dem Staate erhalten würden, sondern, daß künftig jedes Land für seine Angehörigen den Anstalten das Ganze zu bezahlen haben wird. Das Resultat für Niederösterreich werde also nur eine weitere Belastung des niederösterreichischen Landessondes sein. Was die Auseinandersetzungen des Abg. Wurzbach betrifft, so seien die meisten derselben mehr gegen die Kindelanstalten als gegen die Gebär- und Irrenanstalten und hätten dazu beigetragen, die Schwierigkeiten, welche der Lösung der Frage der Kindelanstalten entgegenstehen, noch zu vermehren. In den Landtagen habe diese Frage eine verschiedene Beurtheilung erfahren und habe ebenso wenig in dem Schoße der Regierung als in den Landtagen noch eine bestimmte Lösung erfahren. Der Minister gibt noch einige Details über das Verhältniß Krains (Wurzbach) zu Triest (Conti) betreffs der Triester Gebäranstalt und erklärt, weitere Auseinandersetzungen dem Berichterstatter überlassen zu wollen.

Berichterstatter Dr. Mühlfeld vertheidigt den Ausschusstantrag und sagt unter Anderm: Das von Wurzbach vorgebrachte Prinzip der Geheimhaltung der Namen in Gebäranstalten gehöre gar nicht in die Generaldebatte, sondern in die Spezialdebatte, wo Abg. Wurzbach die bezüglichen Amendements einbringen könnte. Er bekämpft den Antrag Wurzbach und befürwortet, in die Berathung des Gesetzes einzutreten. — Der Antrag Wurzbach auf Übergang zur Tagesordnung wird abgelehnt, worauf zur Spezialdebatte geschritten wird.

S. 1. (Die Verpflegskosten zahlungsunfähiger Personen sind von den Landessondiensten derselben Länder zu tragen, in welcher sich die Heimatgemeinde des Verpflegten befindet.)

S. 2. (Die bisherige Reciprocity, daß Landessondienste der Länder, in welchen öffentliche Gebär- und Irrenanstalten bestehen, gegenseitig keinen Kostenersatz ansprechen durften, wird aufgehoben.)

S. 3. (Bezüglich der unentgeltlich Aufgenommenen ist das Heimatrecht derselben zu erheben und diese Erhebung dem Landesausschuss jenes Landes mitzutheilen, wo der Kranke heimatberechtigt ist.)

S. 4. (Es bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten, zu bestimmen, ob die Verpflegskosten für Geisteskranken von der Heimatgemeinde zu ersehen seien. Hinsichtlich der in die Gebäranstalt Aufgenommenen kann ein Regress an die Heimatgemeinde nicht stattfinden.)

S. 5. (Bezüglich Ausländer bleiben die bestehenden Vorschriften und Staatsverträge aufrecht.)

S. 6. (Besteht für Ausländer kein Reciprocity-Verhältnis, oder läßt sich die Staatsbürgerschaft nicht

sicherstellen, hat der Landessond des Landes, wo die Anstalt besteht, die Kosten zu tragen.)

§. 7. (Die Gebühr für Zahlungsunfähige darf für Ausländer oder Angehörige anderer Länder nicht höher sein, als für Landesangehörige.) Werden ohne Debatte angenommen.

Bei §. 8 (Gebär- und Ferienanstalten übergehen in die Verwaltung der Landesvertretungen) ergreift

Minister v. Lasser das Wort, um zu erklären, daß das Ministerium diesen Paragraph nur mit folgender Interpretation annehmen könne. Mit dem Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes werden überall, wo bisher aus dem Titel, daß das Aerar zu den Kosten beitrage, auch ärarische Verwaltung bestand, die Anstalten in die Verwaltung der Landesvertretung überzugehen haben. Alle jene Anstalten, bei welchen das Aerar nichts zur Erhaltung derselben beigetragen hat, sei diese Übergabe bereits geschehen aber mit Vorbehalten, welche sich nicht bloß auf die Frage des Eigentums beziehen, sondern, welche sich von den Standpunkten des Unterrichtes, der Sanitätspolizei u. s. w. ergeben haben. Ebenso wie bei den bereits übergegangenen Anstalten die gemachten Vorbehalte durch dieses Gesetz nicht alterirt werden können, ebenso könnte auch kein Anstand erhoben werden, daß bei den erst zu übergebenden, dieselben Vorbehalte gemacht werden.

Groholsski stellt an den Minister die Frage, ob die Landessonde verpflichtet sein werden, diese Anstalten mit den erwähnten Vorbehalten zu übernehmen.

Minister v. Lasser bemerkt hierauf, daß der bisher bei der Übergabe beobachtete Vorgang auch fernerhin eingehalten werden würde, und theilt die bisher gemachten Vorbehalte mit. Diese beziehen sich auf die Zwecke und Widmungen dieser Anstalten, verhalten dieselben, die Zwecke des Unterrichtes (medizinische) zu erfüllen, setzen fest, daß den Eigentumsrechten des Aerars durch die Übergabe nicht präjudiziert werde, während der Sanitätspolizei das Recht der Abgabe von Personen und sichern den Beamten und Dienern die bisher erworbenen Rechte. Er habe zu §. 8 kein Amendment gestellt, sondern sich nur verpflichtet, zu erklären, wie die Regierung diesen Paragraph interpretire.

§. 8 wird hierauf angenommen, ebenso

§. 9 (das Gesetz tritt mit 1. Jänner 1865 in Kraft).

Über Antrag des Berichtstatters wird das Gesetz in dritter Lesung endgültig zum Beschluss erhoben.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Oesterreich.

Benedig, 22. Jänner. Es würde Sie vielleicht interessieren, zu erfahren, daß hier in dem durch und durch italienischen Benedig nicht nur, wie ich Ihnen bereits schrieb, Sammlungen zu Gunsten Schleswig-Holsteins gemacht werden, welche im Verhältniß sehr ergiebig ausstehen, sondern daß mehrere junge Leute, besonders Norddeutsche, Benedig verlassen haben, um wo möglich als Freiwillige zur Befreiung der deutschen Herzogthümer mitzukämpfen. Die Betreffenden gehören durchaus den besten Familien an, stehen auf einer hohen Stufe der Bildung, und es bedürfte bei manchen derselben nicht unbedeutender persönlicher Opfer, um ihren patriotischen Entschluß durchzuführen. Bei der jetzigen Lage der Dinge ist nun freilich wenig Aussicht vorhanden, das Projekt zu realisiren, immerhin ist der Entschluß ein schönes Zeichen deutscher Vaterlandsliebe. Nebenhaupt macht sich bei den vier lebenden Deutschen ein sehr erfreuliches Bemühen bemerkbar, den seindjüngsten Elementen gegenüber ihre deutsche Nationalität und Zusammenhörigkeit zu wahren. So haben wir z. B. hier nebst dem Schiller-Casino, wo öfters deutsche öffentliche Vorlesungen gehalten werden, einen deutschen Männer-Gesangverein und man geht jetzt auch mit dem Gedanken um, eine deutsche Turnschule zu errichten. Eine deutsche Elementar- und Realschule haben wir hier bereits, und so steht zu hoffen, daß die früher häusige so traurige Erscheinung aufhören werde, daß die hier lebenden Deutschen schon in der zweiten Generation sich vollständig italienisiren. Mittel und Wege gibt es für die hier lebenden Deutschen genug, ihre Nationalität zu wahren, deutsch zu denken und deutsch zu handeln. — Unter die vielen Drohungen, welche angewendet wurden, um die hierher engagierte berühmte Sängerin Grezzolini am Austritten zu hindern, gehörte auch jene, sich an ihrem Besitzstande zu rächen. Heute nun zirkulirt hier die Nachricht, daß ihr Palais in Pologna angezündet worden und abgebrannt sei. — Obwohl wir uns mitten im Karneval befinden, gibt derselbe nicht das geringste Lebenszeichen von sich. Keine Bälle, keine Maskeraden, keine Umzüge, mit einem Worte, der historische Karneval von Benedig lebt nur in der Erinnerung noch.

Ausland.

Die „Isar-Ztg.“ bringt folgende, aus München, 13. Jänner, datirte Mittheilung: Wenn von gut unterrichteter Seite nunmehr versichert wird, der hier verweilende großherzoglich badische Gesandte am kais. Hofe zu Wien, Freiherr v. Edelsheim, habe im Auftrage seiner Regierung den dringenden Wunsch überbracht, die bayerische Armee möchte mobil gemacht werden, so berechtigen auch andere Umstände zu der Annahme, daß an jene Versicherungen Zweifel nicht mehr zu knüpfen sind. Doch glauben wir darauf noch besonders aufmerksam machen zu müssen, daß vorerst nur in Form eines dringenden Wunsches und keines förmlichen Antrages die Initiative zum ersten Schritt des thüräischen Handelns ergriffen worden ist.

— Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus Thüringen schreiben: Es geht das Gerücht von der Besetzung Thüringens durch Preußen. Aufgetreten ist, daß sämmtliche zum Hofball in Weimar wie gewöhnlich eingeladene Offiziere der benachbarten preußischen Garnisonen die Einladung abgelehnt haben.

Frankfurt, 24. Jänner (Abends.) Morgen früh geht die schleswig-holsteinische Landesdeputation nach München, um dem Könige Max für die seitheute Unterstützung zu danken und ihn zu ersuchen, sich ferner der schleswig-holsteinischen Sache warm anzunehmen.

Heute von 4 bis 6½ Uhr Nachmittags hat eine Volksversammlung zu Ehren des Ausschusses der Sechszunddreißig und der schleswig-holsteinischen Landesdeputation, 186 Personen stark, im Saalbau stattgefunden. Die deutsche und die schleswig-holsteinische Fahne schmückten die mit Bewohnern der Stadt und Umgegend überfüllten Räume; tausende mußten auf der Straße bleiben. Die Deputation wurde bei der Einführung in den Saal stürmisch begrüßt. Brater verlas die Proklamation des Sechszunddreißiger Ausschusses an das deutsche Volk, welche dieses zur thatkräftigen Pflichterfüllung und zum praktischen Handeln in der Sache Schleswig-Holsteins mahnt. In der Versammlung wurden Reden im gleichen Sinne gehalten. Resolutionen sind nicht gefaßt worden. Nach der Versammlung fand wieder Ausschusssitzung statt, da man vorher noch nicht zu Beschlüssen gekommen war.

Der Text der Adresse der schleswig-holsteinischen Landesdeputation an den Bundestag lautet, wie folgt:

Höhe Bundesversammlung!

Holsteins Volk und Land hat Jahrhunderte hindurch dem Vaterlande nach redlichem Bemühen seine Schuldigkeit gethan. Unsere Väter haben deutsches Recht und deutsche Sitte, deutsche Frene und deutschen Sinn allen Anfechtungen gegenüber zu wahren gewußt und sind als die rechten Grenzwächter Deutschlands im Norden besunden worden.

In diesen Tagen der Entscheidung hat Holstein abermals unzweideutig bewiesen, daß es an dem alten Rechte und dem alten treuen Vaterlande beharrlich festhält. Das ganze Volk hat sich einmütig erhoben, um dem Erben der schleswig-holsteinischen Herzogskrone Friedrich VIII., unserem rechtmäßigen Landesherrn, die Huldigung darzubringen. Das ganze holsteinische Volk ist einig in dieser Anerkennung seines Herzogs und in der heiligen Absicht, bis zum letzten Blutropfen das verbrüderde Duldervolk in seinem Recht und seiner Freiheit zu vertreten.

Höhe Bundesversammlung! Als ein Zeichen der über alle Theile, Stände und Parteien des Landes verbreiteten Gesteinsendung sendet das Volk von Holstein uns, die ehrerbietige Deputation, um der höchsten Behörde des Vaterlandes unsere heißesten Wünsche ans Herz zu legen. Zahlreiche Gemeinden und Vereine Holsteins haben uns abgeordnet; damit wir persönlich der hohen Bundesversammlung an den Tag Tagen legen, daß die Holsteiner mit ganzem Herzen sich als Söhne des großen Deutschlands fühlen, daß sie von ihrer altererben Liebe zu den Brüdern in Schleswig nicht lassen wollen und daß sie ihres Landes altehrwürdiges Recht nicht anders gesichert glauben als mit der durch Goites Rathschluß verhängten Trennung von Dänemark und mit dem von Deutschland demnächst anerkannten Regierungsantritte unseres rechtmäßigen Herrn, Sr. Hoheli des Herzogs von Schleswig-Holstein, unseres geliebten Fürsten Friedrich VIII.

Höhe Bundesversammlung! Durch unseren Mund ruht das Volk und Land von Holstein tief bewegt von qualvoller Ungeißel über das Hinanschieben eines Beschlusses, welcher über sein ganzes Dasein ja darüber entscheidet, ob das alte Holsteinland bei Deutschland bleiben oder zu Grunde gehen soll. Die Fürsten und freien Städte Deutschlands wollen endlich dem Rechte sein Recht werden lassen und ohne Verzug und freudig den durchlauchtigen Herrn, welchen ganz Holstein als seinen Herzog erkennt, in die Reihe der deutschen Souveräne aufnehmen, unser Recht also mit der Anerkennung Deutschlands festzegeln und die Wünsche des gesamten deutschen Volkes und der

Mehrheit seiner Fürsten und Obrigkeit, die Gottlob mit uns sind, zur Erfüllung bringen.

Breslau, 23. Jänner. Die „B. Z.“ schreibt: Die Österreicher sind da! Unsere Stadt hat in Folge dessen ein wahrhaft kriegerisches Aussehen erhalten; in den schmuckstüllten Straßen flaniert das k. k. Militär aller Grade und Waffengattungen, meist stattliche Leute, denen ihre neuen Uniformen wohl ansehen. Bisweilen begegnet man auch einem Trupp preußischer Garde-Reserven, die zu ihren Regimentern einberufen sind. Die Fremden werden ihrer eigenhümlichen Erscheinung und Ausrüstung wegen oft von Neugierigen begleitet, zahlreiche Gruppen waren namentlich bei Ankunft der Extrazüge im Rayon des Bahnhofs und an denjenigen Plätzen versammelt, welche das fremde Militär passiren müste.

Aus Kiel wird unter dem 21. d. geschrieben: Das herzogliche Kabinett ist nach dem Eintreffen des Oberst du Plat jetzt vollzählig. Der Oberst war bisher in Gotha geblieben und seine Vertretung in militärischer Beziehung lag hier jetzt seinem Sohne, Lieutenant du Plat, ob. Der Herzog selbst hat fortwährend Deputationen zu empfangen, zu denen naentlich das flache Land zahlreiche Kontingente stellt. Im Kabinett und in den einzelnen Resorts ist man in voller Arbeitstätigkeit. Namentlich sieht man mit Frankfurt in lebhaftesten Beziehungen. Die Stimmung am Bunde wird für den Herzog stets günstiger; es darf als gewiß gelten, daß Hannover für die Erfolge Friedrichs VIII. stimmen werde, so daß zu den dissentirenden Stimmen der Großmächte nur diejenigen einiger Kleinstaaten kommen werden, deren Vota man auf Rechnung schelsüchtigen Neides wird setzen müssen.

Wie aus Mailand vom 19. d. geschrieben wird, wird Brescia zu einem festen Waffenplatz umgestaltet; das verschanzte Lager bei Cremona wird erweitert, bei Volta, Goito und San Benedetto werden Verschanzungen angelegt. Endlich werden sogar die früher aufgelösten Feldspitäler in der Lombardei wieder errichtet und an der Einrichtung von Ambulancen nach französischem Muster gearbeitet. Seit einer Woche rücken bedeutende Truppenstärkungen aus dem Innern des Landes hier ein, und die zweite Linie der von Mailand bis Ancona sich ausbreitenden Stellung wird naßhaft verstärkt.

Aus London empfängt die „Kölner Zeitung“ folgende Mittheilung: „Sir Henry Bulwer-Lytton, der von Konstantinopel hiebegangen war, um besonders über den jetzigen sehr zerrütteten Zustand der Donau-Fürstenthümer Berathungen zu pflegen, ist jetzt wieder auf der Rückreise begriffen und hat die Mission, sich einige Zeit in Paris aufzuhalten. Es ist ziemlich bekannt, daß er der Schwager Lord Connellys ist, dessen Schwester er geheiratet hat; wenigstens ist es bekannt, daß unsere Regierung, für den Fall das Verhältniß zu Frankreich noch mehr erkalten sollte, ihn zum Botschafter in Paris, an Stelle seines Schwagers, bestimmt hat. Sir Henry hat Auftrag erhalten, in Paris folgendes zu sagen: „England erachtet die Fortdauer Dänemarks, wenn man ihm die Herzogthümer entreißt, für unmöglich. Der König von Dänemark habe erklärt, daß, wenn es hierzu kommen sollte, er entschlossen sei, die dänische Krone dem König von Schweden anzubieten, der bereit ist, sie anzunehmen. Nun wisse die englische Regierung zwar nicht, ob die skandinavische Union Frankreich recht sei; ihr aber sei sie jedenfalls nicht recht. England sei daher entschlossen, im Frühjahr Dänemark mit 25 000 Mann und einer Flotte zu Hilfe zu kommen.“ Nach wichtigen Privatmittheilungen, die mir vorliegen, hat Bulwer seine Erklärung in Paris bereits abgegeben. Ich füge hinzu, daß hiesige große Bankhäuser von der eventuellen Befreiung Englands am Kriege fest überzeugt sind und daher glauben, daß Österreichs und Preußens Politik vorzugsweise ihre Motive in dieser Haltung unserer Regierung hat. Das Dänemark England in der Weise vor der skandinavischen Union fürchtet macht, daß es droht, sie durch die Anbietung der dänischen Krone an Schweden selbst herbeizuführen zu wollen, ist einer sener machiavellistischen Streiche, an denen die Geschichte Dänemarks bezüglich der Herzogthümer Österreich ist.“

Die Londoner Blätter beschäftigen sich mit der Lage Dänemarks. Das Organ Palmerston's spricht die Überzeugung aus: die dänische Regierung sei nicht kompetent, die Konstitution aufzuheben, aber sie sei bereit, den Reichsrath zusammenzuberufen, um ihm die verlangten Modifikationen der November-Versetzung vorzulegen. „Welchen Wert kann aber dies haben?“ fragt die „Post.“ Der Reichsrath könnte sich nicht vor Ablauf eines Monates versammeln, und die Wahlen müßten auf Grundlage der November-Versetzung vorgenommen werden. „Nichtdestoweniger seien die Chancen für die Erhaltung des Friedens nicht ungünstig, denn die Erklärungen, welche England und Frankreich in Wien und Berlin abgegeben, seien solcher Natur, daß eine große Kühnheit der beiden deutschen Großmächte dazu geborene (!!).

die Truppen dennoch über die Eider marschiren zu lassen!"

Nach dieser Auslassung des Palmerston'schen Or-
ganes hat man Grund anzunehmen, daß bezüglich
der Herzogthümmerfrage ein volles Einverständniß zwis-
chen den Westmächten herrsche, eine Annahme, die
durch offiziöse Pariser Blätter bestätigt wird. So
bringt die "Patrie" einen vom dänischen Standpunkte
aus geschriebenen Bericht aus Kopenhagen, dessen
Grundgedanke dahin geht, „daß sich Dänemark heute
in derselben Lage befindet wie Piemont im Jahre
1859. (!) Die "Quarterly Review" entrollt das
Programm, welches die Tories, denen fast die Hälfte
des Unterhauses angehört, in der nächsten Session
festhalten werden. Das Programm greift auf die
bekannte Note Russell's vom Jahre 1862 zurück,
durch welche die deutschen Regierungen „ermächtigt
worden seien“, ihre gegenwärtige Haltung in der
Herzogthümmer-Frage anzunehmen. England, heißt
es in dem Programmatikel, dürfe nie zugeben, daß
der Sund, der Bosporus, die Meerenge von Gibral-
tar oder der Isthmus von Suez in die Hände einer
Macht ersten Ranges gelangte. Wenn die sich gel-
tend machenden Prätentionen anerkannt werden, so
werde aber Dänemark unter die Abhängigkeit von
Deutschland gebeugt, es ist für England von höchster
Wichtigkeit, daß Dänemark keinen seiner festen Punkte
verliere. Das Londoner Protokoll verpflichtet England
zwar zu keiner Garantie, wohl aber seine eigenen
Interessen. Man müsse es Deutschland in's Gedäch-
tnis rufen, daß der Krieg mit Dänemark den Krieg
mit England bedeute, und nichts sei so sehr geeignet,
den Krieg herbeizuführen, als die Verbreitung des
irrigen Glaubens, England werde Dänemark nicht
helfen.“ Diese Uebereinstimmung zwischen dem Or-
gane der Tories und jenem Palmerston's scheint uns
um so beachtenswerther, als telegraphische Nachrichten
aus Schweden über die daselbst wachsende Bewegung
für Dänemark es wahrscheinlich erscheinen lassen, daß
man auch in Stockholm dennoch zu einer Hilfslistung
gedrängt werden wird.

London, 25. Jänner. „Times“ hofft auf Er-
haltung des Friedens. „Morning-Post“ meldet: Die
deutschen Großmächte würden Dänemarks Vorschlag
eines sechswöchentlichen Aufschubes verwerfen. Es
drohe somit der Ausbruch eines Krieges. England
dürfte kaum neutral bleiben und mit Frankreich,
Australien und Schweden die Integrität Dänemarks
verteidigen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 27. Jänner.

Die gewöhnlich während des Faschings von der
philharmonischen Gesellschaft veranstaltete Liedertafel
wird heuer in der Fastenzeit abgehalten werden.

— Für den bevorstehenden Narrenabend sind
mehrere Lokalitäten der Schießstätte zu Garderobe-
zügner bestimmt worden, um ältere Umkleidungen zu
ermöglichen. Ferner hat das Comité selbst die Ver-
pflichtung übernommen, für gute Getränke Sorge zu
tragen, so daß in dieser Beziehung keine Beschwerde
zu erwarten steht.

— Krain zählt 19 die Advokatur wirklich aus-
übende Advokaten und zur Vertheidigung in Strafsachen
ermächtigte Individuen, von denen 9 in Laibach
und 10 auf dem Lande wohnen.

— Die Nachricht, daß der „Herr Statthalter
Freiherr v. Kellermann nach Venezia versetzt
werde, der dortige Landeschef v. Toggenburg für
einen höheren Posten in Wien bestimmt sein dürfe,
und für Triest in diesem Falle der Graf Coronini
bestimmt sein solle“, wird von der „Triester Zeitung“
dementirt.

— Das „C. f. C. u. D.“ schreibt: Bei den
jüngst vorgekommenen Schneeverwehungen am Karst
haben sich die nach früheren Beobachtungen noch meist
unter der Staatsregie aufgestellten Schneewände vor-
trefflich bewährt und war an allen diesen Punkten
mit dem Schneeflüge noch durchzukommen. Dage-
gen waren diesmal in Folge des heftigen Vorsturms
die Strecken verweht, auf welchen bisher der Ver-
kehr niemals noch gestört worden war. Der Schnee
erreichte in den Einschnitten nächst Nakel eine Höhe
von 6 bis 8 Fuß, bei Adelsberg nächst dem soge-
nannten Räuberkommando von 6 bis 10 Fuß, zwi-
schen Prestranek und St. Peter, bei Divazza und
in den Einschnitten der Strecke Projecchio-Nabresina
von 6 bis 8 Fuß und zwischen Nabresina und Grignano
selbst bis 10 Fuß über den Schienen. Der
Schnee war so fest gefroren, daß er mit den Schau-
fern nur sehr schwer gestochen werden konnte. Es
war auch nur durch die äußerste Thätigkeit und An-
strengung des betreffenden Personales möglich, die
ganze Strecke binnen zwei Tagen, nachdem sich der
besagte Sturm gelegt hatte, für den Verkehr wenig-
stens auf einem Gleis zu eröffnen. Das Ereignis
ist ohne Unglücksfall und ohne wesentliche Beschädi-

gungen an der Bahn und an den Fahrbetriebsmitteln
abgelaufen.

— In Graz wurde am 25. d. M. dem eben
dort weilenden Mitgliede des Herrenhauses Herrn An-
toni Grafen Auersperg die Vertrauensadresse der
Grazer Bevölkerung überreicht. Sie ist mit mehr als
2000 Unterschriften bedeckt, unter welchen der Ge-
meinderath, die Lehrkörper der Universität und des
Ioaumeums und das Bürgerkorps als abgeschlossene
Körperschaften erscheinen und neben hervorragenden
Vertretern der Bürgerschaft mancher altehrwürdige
Name des steiermärkischen Adels zu lesen ist. Außer
Graz haben sich auch noch andere Orte, wie Klind-
berg, Leibnitz, Arnfels u. s. w. an der Adresse be-
theiligt, während überdies mehrere Städte und Märkte
des Landes besondere Adressen an Graf Auersperg
gelangen lassen.

Vermischte Nachrichten.

Den Bemühungen des Ober-Kommissärs der
Triester Polizei-Direktion, Parma, ist es im Vereine
mit dienstwilligen Unterstützungen von Seite der
piemontesischen Behörden in Kürze gelungen, drei
Fabriken von falschen Banknoten zu 10 fl., und zwar
eine in Mailand, die zweite in Astano bei Lugano,
und die dritte in Bellinzona zu entdecken. Sämtliche
Fälscher sind bereits ergreissen. Die meisten Fal-
sifikate wurden in Tirol ausgegeben, und sollen im
Ganzen 6000 bis 7000 Stück zu 10 fl. verausgabt
worden sein.

— Aus Padua an (Mähren) wird geschrieben:
Am 19. d. M. um 1 Uhr Nachts, löste sich eine
ungeheure Masse des Sandsteingebirges oberhalb
dem Abbau ab, zertrümmerte die hier befindliche Zim-
merung mit ihrer Last von mehreren tausend Zent-
imetern Kleingeröll und verschüttete fünf in der Arbeit
begriffene Bergleute. Von den verunglückten Berg-
leuten sind Freitag vier Leichen begraben worden.
Das Unglück wurde dadurch verauflöst, daß im nörd-
lichen Bau plötzlich ein Theil derselben „zu Bruch“
gegangen ist, ohne daß es möglich war, sämtliche
Arbeiter in Sicherheit zu bringen, weshalb sechs Ar-
beiter durch das Zusammenbrechen verschüttet wurden.
Einer wurde bald mit unbedeutenden Quetschungen
zu Tage gebracht, ein Zweiter gab bald Zeichen des
Lebens durch Zuruf von sich und wurde nach 29stün-
diger Arbeit gerettet.

— In einem Städtchen Mährens hat dieser
Tage ein Gastwirth einen Eiskeller herstellen wollen,
wogegen jedoch Gemeindeglieder beim dortigen läb-
lichen Amte Protest einlegten, indem es nicht zu
dulden sei, daß jetzt, wo eine so enorme Kälte herr-
sche, noch mehr Frost ins Städtchen eingeschleppt
werde, nämlich durch Herstellung eines Eiskellers! —
Der Korrespondent der „Press“ versichert, er erzähle
eine wahre Geschichte neuesten Datums.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Prag, 25. Jänner. Die Truppenzüge wurden
plötzlich eingestellt, die Eisenbahndirektionen überneh-
men wieder die Frachtenbeförderung. Das Militär-
ökonomat beschied die Offerte der Tuchlieferanten ab-
schlägig, da jetzt kein Bedarf für Tuchlieferungen mehr
vorhanden sei. (Fbl.)

München, 25. Jänner. Die „Bayerische Zeit-
ung“ meldet: Die Nachricht der „Südd. Zeitung“,
daß Bayern mit Österreich über die schleswig-hol-
stein'sche Angelegenheit unterhandelt und bereit sei,
wenn die Großmächte Holstein dem Herzog Friedrich
überlassen, wegen Schleswig auf einer Konferenz zu
unterhandeln, entbehrt jeder Begründung.

Frankfurt, 25. Jänner. Eine Proklamation
des Sechszigerausschusses tadelte das Vorgehen
der deutschen Großmächte in der schleswig-holstein's-
chen Angelegenheit in starken Ausdrücken, fordert die
Regierungen, welche dagegen Protest erhoben haben,
auf, handelnd aufzutreten, den Herzog Friedrich an-
zuerkennen und der Sache der Herzogthümer ihre
ganze Wehrkraft zur Verfügung zu stellen. Die Pro-
klamation schließt mit einer Aufforderung an die
Deutschen, in Ausübung gesetzlichen Rechtes thätig zu
sein und zur Unterstützung der Herzogthümer bei-
zusteuern.

In der gestrigen Abendsitzung des Sechszigerausschusses wurde zunächst eine Nachwahl zur
Vervollständigung des Ausschusses vorgenommen. Es
wurden gewählt: Friedrich Oetker aus Kassel, Oester-
len aus Stuttgart, Christmann aus Dürkheim, Red-
witz aus München und Arnhelm aus Bayreuth; Karl
Barth aus Augsburg wurde in die Geschäftskommis-
sion gewählt. Anwesend waren 21 Mitglieder. Die
Preußen und Österreicher entschuldigten ihre Abwe-
senheit mit ihren Landtagsgeschäften.

Berlin, 25. Jänner. Das Abgeordnetenhaus
hat in seiner heutigen Sitzung die von der Budget-
kommission vorgeschlagene Resolution angenommen,

welche den Sonnabends gefassten Herrenhausbeschuß
bezüglich des Budgets für null und nichtig erklärt.
Minister Graf Eulenburg verlas hierauf eine könig-
liche Botschaft bezüglich der Schließung des Land-
tages, welche Nachmittags 2 Uhr durch Staatsmini-
ster v. Bismarck nach Verlesung einer Thronrede er-
folgte, worin die Regierung auf die Hoffnung einer
Verständigung einstweilen verzichtet, sich jedoch ver-
pflichtet erklärt, für die Erhaltung des Staates ein-
zutreten, wobei sie auf die wachsende Unterstützung
des Landes rechnet.

Berlin, 25. Jänner. Das Abgeordnetenhaus
beauftragte die Budgetkommission sofort über den
vom Herrenhause am Samstage gefassten Beschuß
zu berichten und nimmt die von der Budgetkommissi-
on vorgeschlagene Resolution an, welche den Be-
schluß des Herrenhauses für null und nichtig erklärt.

Hamburg, 24. Jänner. (Witterung neigt sich
zum Frost.) In der Altonaer Hauptkirche wurde
heute Probst Niewert, als er die Kanzel betrat, tu-
multuarisch empfangen und gezwungen, die Kirche zu
verlassen. Außerdem derselben mußte ihn das säch-
sische Militär vor derandrängenden Menge schützen,
wobei ihn der Bundeskommissär v. Könneritz mit sei-
ner Person deckte. Die Volksmenge brachte Herrn
v. Könneritz ein Lebewohl!

Hamburg, 25. Jänner (Nachmittags.) West-
wind, 2 Grad Wärme. Das Eis der Elbe ist für
Wagen nicht mehr passirbar.

Altona, 24. Jänner (Abends.) Ein öffent-
licher Anschlag verkündet, daß Probst Niewert um
seine Entlassung eingekommen sei und die Stadt ver-
lassen habe. Das Pfarrhaus sei als städtisches Eigen-
thum zu respektieren.

Copenhagen, 24. Jänner. „Berlingske Ti-
dende“ meldet: Amtmann Johannsen ist heute zum
interimistischen Minister für Schleswig ernannt worden.

London, 25. Jänner. „Times“ erhielt von der
hiesigen Regierung die offizielle Mittheilung, daß die
deutschen Großmächte den Einmarsch der Truppen
nach Schleswig nicht suspendiren oder verschieben
wollen.

Neueste seanolinische Post.

Bei Widdin soll ein starkes türkisches Korps
konzentriert werden. Einer Bekanntmachung des russi-
schen Konsulats in Konstantinopel zufolge müssen
fortan die nach Cherson und Nikolajeff segelnden
Schiffe ihre Gesundheitszertifikate im Otschakow vidi-
ren lassen. In Rhodnus wütete am Christabend ein
heftiger Sturm und in der folgenden Nacht wurden
mehrere Erdstöße fühlbar. Aus Sukum Kale vom
26. v. M. wird gemeldet, daß zwischen Russen und
Tscherkessen ein erbitterter Kampf mit beiderseitigem
großen Verlust stattfand. Aus Odessa vom 9. Jänner
schreibt man, daß dort Alles ein kriegerisches
Ansehen träge. Der Oberkommandant der Südarmee,
General Lüders, inspiriert gegenwärtig die Truppen
am Pruth und Donister.

Aus Bukarest berichtet man, der Chef der
französischen militärischen Mission habe dem Fürsten
zur Kenntnis gebracht, daß er im Frühjahr auf eine
Nationalgarde von 100.000 Mann nebst einer regu-
lären und seldschikten Armee von 50.000 Mann
zählten könne. In der kleinen Walachei sollen Trup-
pen konzentriert werden, und es heißt, die Offensiv-
und Defensivallianz zwischen dem Fürsten Couza und
dem Fürsten Michael von Serbien sei jetzt definitiv
abgeschlossen. Letzterer habe sich verpflichtet, für
Offensivoperationen 60.000 Mann Infanterie und
10.000 Mann Kavallerie zu stellen. (?)

Die griechische Regierung hat von der National-
versammlung die Ermächtigung zu einem Anlehen von
4½ Millionen Drachmen verlangt.

Markt- und Geschäftsbericht.

Neustadt, 25. Jänner.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen
fl. 4.96; Korn fl. 2.76; Gerste fl. —.—; Hafer
fl. 1.60; Halbfrucht fl. 3.10; Heiden fl. 2.66; Hirse
fl. 3.30; Kukuruß fl. 3.—; Erdäpfel fl. 2.—; Linsen
fl. 6.40; Erbsen fl. 6.40; Zitullen fl. 4.90; Rinds-
schmalz pr. Pfund kr. 45; Schweineschmalz kr. 40;
Speck, frisch kr. 30, geto. geräuchert kr. 40; Butter
kr. 40; Eier pr. Stück kr. 1½; Milch pr. Maß kr. 10;
Rindfleisch pr. Pfund kr. 20; Kalbfleisch kr. 26;
Schweinfleisch kr. 22; Schöpfnfleisch kr. —; Hähn-
del pr. Stück kr. 33; Tauben kr. 24; Hen pr. Ztr.
fl. 3.50; Stroh fl. 1.40; Holz, hartes, pr. Klafter
fl. 6.30; geto. weiches fl. —.—; Wein, rother, pr.
Eimer fl. 5, geto. weißer fl. 4.

Theater.

Morgen Donnerstag: Benefice des Hrn. Ludds:
Theatralischer Unſinn. Singspiel in 4 Vorstel-
lungen, von Morländer.

Dörsenbericht.

Die Böse verlor und schloss in starker Haltung. Besonders waren Wechsel auf fremde Blätter viel, und fast um 1% billiger zu haben. Eben so Gold und Silber im Verhältnis wohlfeiler. Geld sehr häufig und billig. Von Papieren zeigen vorzugsweise 1860er-Papiere und Kreditlose eine große Beliebtheit. Auch Kredit-Aktien sind um 1 fl. pr. Stück gestiegen. Metalliques und National-Anlehen um einen kleinen Bruchtheil milder. In Grundentlastungs-Obligationen wenig Umsatz. Steuer-Anlehen und vertragbare Bankabandbriefe begehrte. Karl Ludwigsbahn-Aktien milder.

Wien,
den 25. Jänner

Öffentliche Schuld.

	Geld	Waare	Geld	Waare
A. des Staates (für 100 fl.)	5 %	91.—	92.—	
In österr. Währung	57.75	67.85	87.50	88.50
5% Antch. v. 1861 mit Rückz. 96.75	67.75	97.—	88.50	98.50
ohne Abschafft 1862 7%	95.—	95.25	9	—
National - Anlehen mit				
Zimmer-Goupons	5 %	80.—	80.20	
National - Anlehen mit	5 %	80.20	80.30	
April-Goupons	5 %	72.25	72.35	
Metalliques	5 %	72.40	72.50	
dette mit Ital.-Goup.	4 %	63.75	64.—	
dette	5 %	141.75	142.25	
mit Verlosung v. Jahre 1839	1854	90.75	91.—	
" " 1860 zu	500 fl.	93.40	93.50	
" " zu 100 fl.	93.65	93.75		
Come-Rentenpf. zu 42 L. austr.	18.25	18.75		
B der Kronländer (für 100 fl.)				
Grundentlastungs-Obligationen.				
Niederösterreich	zu 5%	87.50	88.—	
Ob. - Ost. und Salzb. zu 5%	84.25	84.75		

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien
den 26. Jänner 1864.

Metalliques	72.20	1860-er Anteile	93.05
5% Rat.-Anteile	80.15	Silber	120.—
Bankaktien	781.—	London	120.—
Kreditaktien	173.90	k. k. Dukaten	5.77

Fremden - Anzeige.

Den 25. Jänner.

Stadt Wien.

Die Herren: Peter, Obersteiger, von Grau-
nig, — Haymann, Kaufmann, von Wien. —
Kleßmann, Kaufmann, von Trieste.

Elephant.

Die Herren: Leonhardi, Fabrikant, von Nürnberg. — Meier, Robitschek und Schwab, Kaufleute; Klein, Geschäftstreiber, von Wien. — Schwarz, Kanemann und Stoy, Handelsmann, von Agram. — Sonnenberg, Kaufmann, von Kanischa. — Schigan, Gutsbesitzer, von Gilli. — Sager, Gutsbesitzer, von Sachsenfeld. — Seifowitz, Gutsbesitzer, von Seeland. — Posnig, Gutsbesitzer, aus Unterkrain. — Vollat, Handelsmann, von Neumarkt. — Jagodz, Kaufmann, von Triest. — Butre, Gutsbesitzer, von Gottschee.

Bayerischer Hof.

Die Herren: Bergl, Kaufmann und Tomanek, Kaufleute, von Wien.

Mohren.

Die Herren: Fischer, Ingenieur, von Triest. — Koschnel, Geschäftsmann, von Gleiwitz.

(90—3)

Nr. 4404.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamt Mödling, als Gericht, wird dem Martin Gregoritz von Gradao hiermit erinnert:

Es habe Georg Marenzhigh von Gradao, durch Dr. Preuz, wider denselben die Klage auf Zahlung einer Weinzeche pr. 9 fl. 72 sub praes. 22. August 1863, Z. 3341, hieramts eingebracht, worüber zur summarischen Verhandlung die Tagssatzung auf den

29. März 1864,

früh 9 Uhr angeordnet, und dem Gelegten wegen seines unbekannten Aufenthaltes Herr Mathias Novak von Gradao als Curator ad actum auf seine Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen wird derselbe zu dem Ende verständigt, daß er allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und außerdem zu machen habe, widrigens diese Rechtsache mit dem aufgestellten Curator verhandelt werden wird.

k. k. Bezirksamt Mödling, als Ge-
richt, am 1. November 1863.

(125—3)

Nr. 143.

Edikt.

Im Nachhange zum dießgerichtlichen Edikt vom 20. November 1863, Z. 4200, wird bekannt gemacht, daß am

13. Februar 1864

zur II. Teilziehung der dem Johann Po-
nkar in Nezbizh Haus-Nr. 4 gehörigen
Realität geschritten werden wird.

k. k. Bezirksamt Radmannsdorf, als Ge-
richt, am 13. Jänner 1864.

(120—2)

Nr. 5895.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, wird hiermit bekannt gemacht:
Es sei über Untersuchen der Laibacher Sparkasse, durch Hrn. Dr. Rack, die mit dem dießgerichtlichen Bescheide vom 28. August i. J. Z. 4201, auf den 19. De-
zember i. J. angeordnete 3. executive
Teilziehung der der Louise Tomischk
gehörigen Realität, Nr. 455, ad
Thurnlack auf den

18. März 1864

mit Beibehaltung des Ortes, der Stunde
und mit dem vorigen Anhange übertragen
k. k. Bezirksamt Planina, als Ge-
richt, den 18. Dezember 1863.

Die Glaserei und Glashandlung

in der Grazervorstadt in Marburg, Nr.
35, ist aus steier Hand zu verkauft.

Das gesammte Waarenlager dieses
alten geachteten Geschäftes: Hohl- und
Grünwaaren, Kreidenglas, so wie Porzel-
lan, Steingut, Goldfläche etc. sind um
den Fabriks-Einkaufspreis zu erhalten,
auch das Gewölbe und die Wohnung
in billigen Pacht zu geben.

Über das Nähere mit dem Eigen-
thümer mündlich oder in frankirten Briefen
zu besprechen.

(188—1) Joachim Bath.

Lose à 50 kr.,

auf

5 Lose 1 freilos.

Ziehung am 9. Februar,

Treffer 1000 Dukaten in Gold, 2 à
200 Dukaten, 2 à 100 Dukaten.
Silbergeld, Goldschmuck, kunstvolle Ge-
genstände von Porzellon, Bronze etc.

Joh. C. Sothen in Wien.

Derlei Lose sind zu haben bei allen
k. k. Steuerämtern, Postämtern, sowie
bei den bekannten Losverschleibern.

In Laibach besonders bei

(142—5) Joh. Ev. Wutscher.

(189—1)

Wohnung.

Im Hause Nr. 223 am Kund-
schaftsplatz sind mehrere schöne
Wohnungen zu vermieten.

Nähere Auskunft im 1. Stock.

Wohnung.

Im Hause Nr. 142 am Jakobs-
platz ist im ersten Stock eine Wohnung
mit 3 Zimmern und einem Kabinete.
Küche etc. zu Georgi zu vergeben.

Nähere Auskunft derselbst im
Greislergewölbe.

(180—2)

Geld Waare

Galiz. Karl-Ludw.-Bahn 3.200fl.

G. M. 196.75 197.25

Ost. Don.-Dalmat.-Gef. 429.— 430.—

Österreich. Lloyd in Triest 226.— 228.—

Wien-Dampf.-U. G. 440.— 450.—

West. Seitenbrücke 392.— 394.—

Wöhna. Westbahn zu 200 fl. 153.50 153.75

in 140 fl. (70%) Einzahlung. 147.—

Pfundbriefe (für 100 fl.)

National 10jährig v. 3.

banks 1857 zu 5 % 102.— 102.25

G. M. verlobbare 5 90.— 90.50

Nationalb. aus 6. W. verlob. 5 86.20 86.36

Ungarische Boden-Kredit-Institute

zu 5½ v. 88.60 88.80

Lose (pr. Stück)

kreis. Anstalt für Handel u. Gew.

zu 100 fl. öst. W. 131.75 132.—

Don. Dampf.-G. zu 100 fl. G. M. 90.— 91.—

Stadtgem. Wien 40 fl. öst. W. 30.—

Esterhazy 40 " 93.— 94.—

Salm. 40 " 32.— 32.50

Geld Waare

Balffy zu 40 fl. G. M. 33.50 34.—

Clara " 40 " 32.50 33.—

St. Genes " 40 " " 32.—

Windischgrätz 20 " 19.50 20.—

Waldestein 20 " 20.— 20.—

Kelewick 10 " 15.50 16.—

Wechsel.

3 Monate.

Geld Waare

Augsburg für 100 fl. fidd. W. 102.75 102.90

Frankfurt a. M. ditto 102.75 102.90

Hamburg für 100 Mark Bank 91.20 91.40

London für 10 Pf. Sterling 120.— 120.20

Paris für 100 Francs 47.45 47.55

Cours der Goldsorten.

Geld Waare

k. Münz-Dukaten 5 fl. 78 fr. 5 fl. 78 fl.

Kronen 16 " 60 " 16 " 63 "

Napoleonsbr. 9 " 67 " 9 " 69 "

Ruß. Imperials 9 " 91 " 9 " 95 "

Bereinhalter 1 " 81 " 1 " 81 "

Silber-Agio 120 " 120 " 25 "

Eine große Quantität Confeti,
und zwar das Pfund zu 20 kr.,
ist zu haben bei (165—2)

Johann Moßauer,
Bäckerbäcker, Judengasse.

Näheres erhält Franz Jessich in

Großinpp. Nr. 17. (177—2)

K. k. priv. Südbahn-Gesellschaft.

Beförderung von Petroleum.

Gültig vom 1. Februar 1864.

Der Artikel 32 des neuen Betriebs-Reglements vom 1. Juli 1863 enthält über Beförderung von Petroleum folgende Bestimmung:

„Sendungen von rohem oder gereinigtem Petroleum werden nur in ganzen Wagenladungen zum Transport übernommen; sie müssen mit beiderdem, den Inhalt der Sendung deutlich bezeichnenden Frachtbüchern ausgegeben, und nach der Ankunft auf der Eisenbahn-Bestimmungsnation ohne Verzögerung vom Adressaten bezogen werden.“

Dieser Bestimmung gemäß erfolgt an jedem Tage der Woche die Übernahme von amerikanischem Steinöl (Petroleum, rock-oil, earth-oil, coal-oil) im ungereinigten oder gereinigten Zustande, welch letzter unter verschieden Benennungen, wie z. B. Benzöö, weißes und gelbes Brennöl, Lubrikationsöl, Oleofern, Kerrosin im Handel vorkommen, in ganzen Wagenladungen von mindestens 100 Zollzentner und in Fässern oder Blechflaschen verpackt zu dem Tariffzate der I. Waaren-Klasse oder bei Aufgabe geringerer Quantitäten, wenn hiessl die für 100 Zentner entrichtet wird.